



31. August 2019

## Wohnen, Kinderbetreuung, Verkehr und Kultur: magisches Quadrat erfolgreicher städtischer Politik

Referat von Regierungsrätin Jacqueline Fehr anlässlich der sozialdemokratischen  
Städtekonferenz im Volkshaus Zürich

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Der ehemalige ETH-Präsident Lino Guzella hat einmal gesagt: „Die besten Köpfe kommen in die coolsten Städte.“ Wer also erfolgreich sein will, braucht nicht in erster Linie tiefe Steuern oder möglichst viele Parkplätze. Wer innovative Köpfe anziehen will, braucht Coolness, also Freiheit, Ausgang, Raum, Treffpunkte.

Die Städte sind weltweit Taktgeberinnen einer fortschrittlichen Gesellschaft. Kulturelle Highlights, gesellschaftliche Experimente, innovatives Wirtschaften, hippe Ausgangsmöglichkeiten, gesunde Verpflegungsformen. Was heute neu ist, hat seinen Ursprung meist in den Städten.

Das bestätigt auch das Städtemonitoring von Avenir Suisse aus dem Jahre 2018. Fazit der Studie: "Die Schweizer Städte sind für die Entwicklung des Landes von enormer Bedeutung: Sie sind Wirtschaftsmotoren, Mittelpunkte des kulturellen Schaffens, Zentren des Wissens und Knoten der internationalen Vernetzung".

Die heutigen Städte sind mehrheitlich links oder linksliberal regiert. Das hat seinen Grund. Und der Grund sind die inhaltlichen Schwerpunkte linker Stadtpolitik. Sie machen die Städte zu bevorzugten Lebensräumen. Nicht nur für die innovativen Coolness-Typen, sondern noch viel mehr für die breite Bevölkerung.

Und deshalb zeichnet sich gute Stadtpolitik durch das aus, was die Menschen für ein gutes Leben brauchen: bezahlbaren Wohnraum, verlässliche Kinderbetreuung, eine Verkehrspolitik, die den Fuss- und Veloverkehr ins Zentrum rückt sowie ein starkes ÖV-Netz hat, ein breites Kulturangebot.

Wohnen, Kinderbetreuung, Verkehr und Kultur sind das magische Quadrat erfolgreicher städtischer Politik. Nicht, weil das die Linken erfunden hätten, sondern weil sie den Menschen gut zuhören. Das ist, was die Leute wollen und deshalb wählen sie links.

Sie tun das zu Recht und wir sollten sie ermuntern, es weiterhin zu tun. Zum Beispiel auch bei den nationalen Wahlen vom 20. Oktober. Denn auch wenn die linken Städte heute allesamt politische Erfolgsmodelle sind: Viele Weichen werden in Bern gestellt.



Der Kampf von Jacqueline Badran gegen die Immobilienspekulationen und ihr Kampf gegen eine Aufweichung der Lex Koller sind Beispiele dafür.

Städte sind kommerzielle Orte. Aber sie bergen auch viele nicht-kommerzielle Nischen. Nachbarschaftshilfe, Engagement in der Genossenschaft, Freiwilligenarbeit mit Flüchtlingen, Angebote für Kulturschaffende, Theaterexperimente oder schlicht Raum für Menschen, die im allgemeinen Strom des «immer mehr» und «immer weiter» nicht mitschwimmen wollen.

Genau dieser Anspruch auf nicht-kommerzielle Nischen ist den Bürgerlichen ein Dorn im Auge. Symbolisiert in den Reizorten Reithalle Bern, Rote Fabrik Zürich oder auch die L'Usine in Genf, respektive das frühere Dolce Vita in Lausanne. Jüngst hatte dieser städtische Grundkonflikt zu einem Sitzgewinn der Grünen in der Zürcher Regierung geführt.

Mitten in Zürich steht die ehemalige Polizei- und Militärkaserne mit den Zeughäusern. Nach langen Verhandlungen zwischen Kanton und Stadt Zürich einigten sich beide auf einen Vertrag, der die Zeughäuser der Stadt zur Nutzung überliess und zwar zu einem Preis, der Spielraum für genau solche nicht kommerzielle Nutzungen zulies. So sollte es beispielsweise ein Zentrum für Kinder- und Jugendtheater geben. Zudem sollten die Zeughäuser an guter Lage auch Raum für soziale Angebote bieten.

Das ging den Bürgerlichen total gegen den Strich. Da aber das Plädoyer für die hyperkommerzialiserte Nutzung doch etwas zu ehrlich gewesen wäre, verpackten sie ihren Widerstand in die Forderung, an dieser hervorragenden Lage müsse ein Zentrum für Start-Up-Unternehmen geschaffen werden. Die Vorlage scheiterte zu unserer aller grossen Enttäuschung tatsächlich. Dem Wortführer des bürgerlichen Widerstands allerdings kostete es die Wahl in die Zürcher Regierung.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Dieses Beispiel weist über den konkreten Anlass hinaus und zeigt: Städtische Politik wird allmählich auch in einem ehemals ländlich dominierten Kanton mehrheitsfähig. Wer es sich mit den Städten verscherzt, hat Mühe. Wer in den Städten die volle Unterstützung geniesst, macht ein sehr gutes Resultat (in unserem Fall Mario Fehr und ich) oder wird als Aussenseiter (Martin Neukom) gegen die bürgerliche Phalanx gewählt.

Diese Tendenz wird weitergehen und auch Luzern, Bern und die Waadt erfassen. Grund dafür sind die soziodemografischen Veränderungen in den Agglomerationsgemeinden, respektive -städten.

Im Kanton Zürich haben wir die grösste und die sechstgrösste Stadt der Schweiz (Zürich und Winterthur). Daneben gibt es sieben weitere Städte mit mehr als 20'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Sie boomen. Und das mit Absicht. Die Zürcher Raumplanung sieht vor, dass 80 Prozent des erwarteten Bevölkerungswachstums – und das sind immerhin in den nächsten 20 Jahren rund 300'000 Menschen oder 20 Prozent gegenüber der heutigen Situation – dass also 80 Prozent dieses Wachstum in den Städten, den Zentrums- und den Agglomerationsstädten, stattfinden soll.



Doch woher kommen die Menschen? Zum einen ziehen jene Leute in die wohngünstigeren Agglomerationsstädte, die sich das Wohnen in den Zentrumsstädten nicht mehr leisten können. Andere wiederum ziehen von den ländlichen Regionen zu, weil sie von städtischen Leistungen profitieren wollen oder darauf angewiesen sind. Im Zentrum steht da das Angebot für Kinderbetreuung. Und wieder andere kommen mit ihren Familien aus dem Ausland, weil wir sie als Fachkräfte, sei es im Gesundheitswesen, im Bau oder in der Forschung brauchen.

Nicht nur die Familien aus ländlichen Regionen, die wegen der Kinderbetreuung in die Städte ziehen, auch die anderen Zuzügerinnen und Zuzüger suchen am neuen Wohnort ein städtisches Ambiente, also die Leistungen des magischen Quadrats: bezahlbaren Wohnraum, verlässliche Kinderbetreuung, eine menschliche Verkehrspolitik und ja, auch zunehmend ein kulturelles oder zumindest soziales Angebot. Und damit beginnen auch sie links zu wählen – unter der Voraussetzung, dass die SP in diesen Gemeinden, resp. Städten stark ist und eine sicht- und lesbare urbane Politik vertritt.

Die SP muss sich also in den Agglomerationsgemeinden in erster Linie um den genossenschaftlichen Wohnungsbau kümmern, sich für Kitas- und Tagesschulen einsetzen, eine laute Stimme für den Velo- und Fussverkehr sowie den ÖV sein und die Kulturkommission der Gemeinde prägen.

As simple as that? Ja, Politik ist manchmal ganz einfach.

Zumindest auf der Ebene der Forderungen. Aber bei der Umsetzung? Da hapert es rasch. Und meistens geht es dabei ums Geld.

Die raumplanerische Verdichtung mit der 80 Prozent-Regel (80 Prozent des Wachstums sollen in den Zentrumsregionen stattfinden) sind ökologisch sinnvoll. Aber sie sind für die betroffenen Gemeinden eine enorme Belastung. Vor allem dann, wenn sie diese Lasten beinahe alleine tragen müssen.

Zwar kennen wir im Kanton Zürich einen guten, soliden Finanzausgleich. Doch um die Kosten des Wachstums solidarisch zu tragen, brauchen wir zusätzliche Elemente.

Zum Beispiel den Mehrwertausgleich. Ein- und Aufzonungen führen über Nacht zu teilweise enormen leistungsfreien privaten Gewinnen. Die Kosten dieser raumplanerischen Änderungen hingegen bezahlt die öffentliche Hand. Stichworte: Erschliessungen, Infrastrukturbauten, soziale Raumgestaltung. Diese Investitionen wiederum machen den privaten Besitz noch werthaltiger. Es ist deshalb im Sinne einer minimalen Geben- und Nehmen-Logik zwingend, dass ein spürbarer Teil der privaten Gewinne in die Kassen der betroffenen Gemeinden und Städte fließt.

Ein zweites Beispiel ist der Soziallastenausgleich. Der Finanzausgleich des Kantons Zürich, konzipiert in den 90er und verabschiedet in den 00er-Jahren ist hier zu schwach. Insbesondere die Leistungen für die Pflege und die Ergänzungsleistungen belasten die urbanen Zentren stark.



Es ist Céline Widmer, Rosmarie Joss, Nicolas Galladé, Raphael Golta und vielen anderen zu verdanken, dass wir dieses Problem Schritt für Schritt lösen können. Zuerst im Kinder- und Jugendbereich, nun steht eine Verbesserung bei den Ergänzungsleistungen an und in Zukunft wird es noch um die Sozialhilfe gehen.

Im Kanton Zürich fließen jährlich rund 800 bis 900 Mio. aus den reichen Gemeinden und weitere rund 415 Mio. Franken aus der kantonalen Kasse zu den finanzschwächeren Gemeinden. Das tönt nach viel. Und es ist viel. Dank dieser Summe ist es möglich, die Steuerunterschiede im Kanton einigermaßen im Griff zu halten und allen Gemeinden ihre Aufgabenerfüllung zu fairen Bedingungen zu ermöglichen.

Und gleichwohl: Die Unterschiede in der Finanzkraft im Kanton Zürich zwischen den Gemeinden an privilegierter Lage – mehrheitlich am See – und den Städten in den boomenden Regionen, vorwiegend im Limmat- und im Glatttal – bleiben erheblich: das durchschnittliche Einkommen am rechten Zürichseeufer beträgt rund 105'000 Franken pro Einwohner\*in und Jahr. Im Durchschnitt des Kantons sind es 67'000 Franken. Die Finanzkraft der Stadt Dietikon liegt vor Finanzausgleich bei 2'277 Franken pro Einwohner\*in und jene der Stadt Winterthur 2'798 Franken pro Einwohner\*in. Im Vergleich am See liegt die Steuerkraft bei bis zu 15'000 Franken. Nach Finanzausgleich liegt die Steuerkraft von Dietikon und Winterthur bei Fr. 3'535 und diejenige der Seegemeinden bei bis zu Fr. 7'400. Winterthur erhält zusätzlich noch einen Zentrumslastenbeitrag pro Kopf von ca. Fr. 760.

Analoges sieht man damit bei den Steuerfüssen: durchschnittlich 84 Prozent am rechten Zürichseeufer, 107 Prozent im Kantonalen Durchschnitt, 126 Prozent in Dietikon (Steuerfuss 2018) und 122 Prozent in Winterthur (Steuerfuss 2018)

Schlussendlich sind es die Bodenpreise, die über die Finanzkraft entscheiden. Und diese sind an privilegierten Lagen nun einmal höher. Reiche Gemeinden sind also nicht deshalb reich, weil sie eine bessere Politik machen, sondern weil sie privilegiert sind. Und arme Gemeinden sind nicht deshalb arm, weil sie etwas falsch machen, sondern weil sie mehr Aufgaben zu bewältigen haben. Der Unterschied zwischen Privileg und Leistung darf nicht aus den Augen gelassen werden.

Liebe Genossinnen liebe Genossen: Ich komme zum Schluss.

Die meisten Menschen, die unerlässliche Beiträge an unsere Wirtschaft leisten, wohnen nicht in den privilegierten, steuergünstigen Gemeinden. Die Menschen, die uns im Spital pflegen, unsere Kinder betreuen und die Europaallee bauen, können sich in der Regel keine Wohnung an der Goldküste leisten – genauso wenig wie die Menschen mit psychischen Belastungen oder anderen Einschränkungen, die sie von der Sozialhilfe abhängig machen. So wohnt die wachsende Mehrheit der Menschen in den Agglomerationsstädten. Jährlich lassen sich rund 30'000 neu zugezogene Menschen im Kanton Zürich nieder. 80 Prozent davon in den urbanen Zentren Limmattal, Glatttal und der Region Winterthur. So sieht es das Raumplanungskonzept des Kantons vor.



Die Städte und Agglomerationsgemeinden erbringen in der Bewältigung dieses Wachstums eine enorme Leistung. Ohne die Unterstützung der reichen Gemeinden können sie diese aber auf die Länge nicht erbringen.

Oder in den Worten des bürgerlichen Finanzchefs der Stadt Dietikon: «Jahr für Jahr schliessen zwischen 200 und 300 Jugendliche die obligatorische Schule ab. Viele von ihnen stammen aus schwierigen sozialen Verhältnissen. Bis auf zwei oder drei haben alle eine Anschlusslösung. Das ist eine Leistung, die wir für stellvertretend für die Gemeinden erbringen, wo diese Familien nicht leben».

Geschätzte Genossinnen und Genossen

Es ist unabdingbar, dass wir eine Politik machen, die solidarisch ist. Solidarisch mit den urbanen Zentren, den Brennpunkten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Städte sind keine Bittsteller. Sie wollen für ihre grossen Leistungen fair entschädigt werden. Und nicht von den privilegierten Gemeinden hören, dass sie selber Schuld hätten an ihrer hohen Belastung.

Denn eben: Leistung und Privilegien sind zwei Paar Schuhe: Und deshalb schliesse ich mit der Wiederholung.

Reiche Gemeinden sind nicht deshalb reich, weil sie eine bessere Politik machen, sondern weil sie privilegiert sind. Und arme Gemeinden sind nicht deshalb arm, weil sie etwas falsch machen, sondern weil sie mehr Aufgaben zu bewältigen haben.

Ich wünsche uns allen eine ergiebige Tagung und lade euch herzlich ein, die urbanen Zentren als Brennpunkte der Entwicklung zu unterstützen – zugunsten des ganzen Landes.